

Achtung Sperrfrist: Heute 15.00 Uhr

Potsdam, 09.11.2018

Pressemitteilung

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Chef vom Dienst
Hausruf: (03 31) 8 66 – 12 51
(03 31) 8 66 – 13 56
(03 31) 8 66 – 13 59
Fax: (03 31) 8 66 – 14 16
Internet: www.brandenburg.de
presseamt@stk.brandenburg.de

Erinnerung an Leid, Unrecht und Verbrechen wachhalten - Landesregierung gedenkt der Opfer der Novemberpogrome von 1938

Anlässlich des 80. Jahrestages der Novemberpogrome im Jahr 1938 haben heute Mitglieder der Landesregierung bei vielfältigen Veranstaltungen der Opfer gedacht. Kulturministerin Martina Münch sprach auf einer Gedenkveranstaltung in Cottbus, Innenminister Karl-Heinz Schröter in Oranienburg und der Chef der Staatskanzlei, Martin Gorholt, hielt eine Ansprache in Potsdam.

Kulturministerin Martina Münch mahnte in Cottbus, die Erinnerung an die schrecklichen Ereignisse vor 80 Jahren wachzuhalten. „Die Novemberpogrome waren eine Zäsur: Sie markierten nach der vorangegangenen Entrechtung von Juden den Beginn der systematischen Verfolgung und des staatlich verordneten Massenmords. Viele haben damals zugesehen, nicht wenige sind zu Mittätern nationalsozialistischer Willkür und Grausamkeit geworden. Wir erinnern an das unermessliche Leid der unzähligen jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Die Erinnerung an Leid, Unrecht und Verbrechen muss wachgehalten werden – diese Pflicht zur Erinnerung ist heute, da sich Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wieder ausbreiten, wichtiger denn je. Der 9. November erinnert uns jedes Jahr erneut daran, dass wir niemals aufhören dürfen, für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, ein friedliches Miteinander und den Schutz von Minderheiten einzutreten – für ein Leben ohne religiösen Hass, ohne nationalen Hochmut, ohne politische Verblendung.“

Innenminister Karl-Heinz Schröter betonte bei einer Gedenkveranstaltung in Oranienburg: „Von den Novemberpogromen im Jahr 1938 führt ein direkter Weg in die Konzentrationslager und Vernichtungslager. In der Gedenkstätte Sachsenhausen wird konkret und unmittelbar an individuelle Schicksale und unzähliges Leid erinnert. Gerade junge Menschen werden hier für die Mechanismen eines Unrechtssystems sensibilisiert – und damit auch für die Notwendigkeit, rechtsradikalen, rassistischen und antisemitischen Stimmungen bereits früh entschlossen entgegenzutreten.“

Der Chef der Staatskanzlei, Martin Gorholt, sprach auf einer Gedenkveranstaltung in Potsdam: „Die Landesregierung unterstützt seit Anfang der 1990er

Jahre das Wiederentstehen und die Stärkung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Brandenburg. Mit der gerade unterzeichneten Vereinbarung zwischen den jüdischen Gemeinden und dem Land haben wir eine wichtige Grundlage für eine **Synagoge in Potsdam** geschaffen. In Potsdams Mitte wird jüdisches Leben an prominenter Stelle wieder eine Heimstatt haben. Wir widmen unseren Einsatz für den Bau des jüdischen Gemeinde- und Synagogenzentrums in Potsdam dem **Andenken an die jüdischen Opfer des Nazi-Terrors.**“ An der Gedenkveranstaltung in Potsdam nahmen auch Sozialministerin **Susanna Karawanskij**, Kulturstaaatssekretärin **Ulrike Gutheil** und Sozialstaatssekretär **Andreas Büttner** teil.

Bereits gestern hatte **Finanzminister Christian Görke** in Jüterbog Stolpersteine gereinigt, die an die jüdische Familie Joel erinnern. An einer ähnlichen Aktion in Berlin-Weißensee beteiligte sich **Finanzstaatssekretärin Daniela Trochowski**. Heute nahmen Innenminister **Karl-Heinz Schröter** und der Bevollmächtigte beim Bund, **Thomas Kralinski**, an der Gedenkstunde des Bundestags im Reichstagsgebäude in Berlin teil.

Bei den **Novemberpogromen** organisierten SA- und SS-Trupps in der Nacht vom 09. auf den 10. November 1938 gewalttätige Übergriffe auf die jüdische Bevölkerung. Mehrere hundert Synagogen in ganz Deutschland wurden in Brand gesetzt, mindestens 8.000 jüdische Geschäfte zerstört sowie zahllose Wohnungen verwüstet. Die Pogromnacht forderte rund 400 Todesopfer. Insgesamt 30.000 Juden wurden in dieser Nacht und den folgenden Tagen verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Die antisemitischen Ausschreitungen waren von der NS-Führung organisiert worden, die die Diskriminierung und Verfolgung jüdischer Bürgerinnen und Bürger seit 1933 systematisch vorangetrieben hatte. Die Pogrome markierten den Übergang von der Diskriminierung der Juden seit 1933 zur systematischen Verfolgung, die wenige Jahre später in die Shoa, die Vernichtung der europäischen Juden, mündete.

In **Brandenburg** lebten vor 1933 etwa 9.000 Juden in mehr als 20 Gemeinden. Nach dem Krieg gab es im Gebiet des heutigen Landes Brandenburg nur noch vereinzelte Juden. Erst ab 1991 gründeten Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion wieder jüdische Gemeinden in Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder), Brandenburg an der Havel, Bernau, Oranienburg und Königs Wusterhausen mit insgesamt rund 2.000 Mitgliedern. Das Land hat im Jahr 2005 einen Staatsvertrag mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden abgeschlossen und stellt den Gemeinden jährlich mehr als 500.000 Euro zur Förderung jüdischer Gemeinde- und Verbandsstrukturen zur Verfügung. Im Januar 2015 wurde in Cottbus die landesweit erste Synagoge nach 1945 eingeweiht. Am 07. November 2018 haben das Land und die Jüdische Gemeinde Stadt Potsdam und die Synagogengemeinde Potsdam eine Vereinbarung über die Errichtung eines Synagogen- und Gemeindezentrums in Potsdam unterzeichnet. Die Synagoge soll auf Grundlage der Vereinbarung in den kommenden Jahren vom Land errichtet werden.